

Die Beratung der Tabaksteuer

begann am Donnerstag nachmittag im Steuerauschuß des Reichstages. Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich erinnerte zunächst daran, daß er im Plenum gesagt habe, die Tabakindustrie sehe die Notwendigkeit der neuen Steuer ein. Inzwischen habe sich aber eine Gegnerschaft gemeldet und sich eine heftige Erörterung entwickelt. Klarer seien die Tatsachen dadurch nicht geworden. Auf die Interessenten dürfe man nicht hören. Der Schatzsekretär bittet den Ausschuß, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen, auf deren Zustandekommen Reichsleitung und verbündete Regierungen den größten Wert legten.

Der Berichterstatter Abg. Mollenbuhr (Soz.) führt aus, man müsse die Interessenten hören, denn es würden breite Volksschichten geschädigt werden. Wenn die Begründung nach alter Schablone den Tabak als ein entbehrliches Genußmittel höher besteuern wolle, so gebe es ein großes Gebiet, wenn alles Entbehrliche besteuert werden sollte. Die Einnahmen in Monopolländern könnten mit den Tabakeinnahmen der deutschen Reichskasse nicht verglichen werden, es wäre denn, der Staatssekretär führe das Tabakmonopol ein, wozu er freilich 48 000 Gewerbetreibende enteignen müßte. Die Steuer würde eine starke Konzentration der Betriebe ergeben, und für sie träfen die drei Bedingungen einer guten Steuer nicht zu, daß sie nämlich den Zahlungsfähigsten am besten treffe, möglichst viel in die Reichskasse bringe und möglichst wenig schädige. Krupp müßte stärker rauchen als seine größten Schornsteine, wenn er entsprechend seiner Leistungsfähigkeit rauchen wolle. Besonders schwer würden nach den Erfahrungen bei früheren Tabakbesteuerungen die Arbeiter geschädigt werden. Mit Schutz Zoll könne man den heimischen Tabakbau nicht heben, wie sich gezeigt habe.

Der Mitberichterstatter Abg. Dr. Haas (Fortschr. Bp.) meinte, die Auffassung, daß das Rauchen ungesund sei, müsse ausscheiden. Da man Steuern brauche, brauche man die Raucher. Man müsse prüfen, ob man den Wertzoll beibehalten dürfe, der den Kapitalstarken begünstige. Man führe gegen die Banderolesteuer an, daß sie zum Markensystem führe, ohne dies beweiskräftig zu begründen. Was wäre aber auch für ein Unglück dabei? Auf die Arbeiter müsse besondere Rücksicht genommen werden im Interesse der in die Zigarrenindustrie wandernden Verwundeten. Könnte unter dieser Steuer nicht mehr eine rauchbare Zehnspfennigzigarre hergestellt werden, so würde die Industrie schwer geschädigt und der Ertrag der Steuer beeinträchtigt. Ein Drittel des eingehenden Steuerbetrages würde vom Reich für die Zigarren des Heeres bezahlt werden müssen, und 30 v. H. der Zigarren gehen als Liebesgaben an die Front. Auch gegen die höhere Besteuerung der Zigaretten werden lebhafteste Bedenken geltend gemacht, auch die graphischen Gewerbe befürchten von der Steuer eine Schädigung. Die Spannung zwischen dem heimischen und dem ausländischen Tabak könne am ehesten ertragen werden, wenn sie ein Schutz Zoll sei; es sei kein Vergnügen, an das Ausland so viel zu zahlen.

Ein Sozialdemokrat wendet sich scharf gegen den Wertzoll, der den billigsten Tabak um 85 v. H., den Havannatabak aber nur um 45 v. H. mehr belastet. Unter den jetzigen Umständen sei der Wertzoll geradezu eine Erdrosselungssteuer. Wir würden in Zukunft doppelt so teuer rauchen als die Leute in Oesterreich. Frankreich erziele 300 Millionen, Oesterreich 196 Millionen, Deutschland aber würde 342 Millionen herausbringen. Die Tabake seien vielfach um 200 bis 300 v. H. gestiegen. 81 v. H. der Bevölkerung haben weniger als 1600 M. Einkommen, sehr wenige von ihnen werden 10- oder 12-Pf.-Zigarren kaufen können, und die übrigen 19 v. H. werden die ganze Ware doch nicht verbrauchen können. Der Herr Staatssekretär rauche ja auch, was er könne, aber soviel werde er mitsamt seinen Geheimräten doch nicht zusammenrauchen können. Die Steuer würde Zehntausende Arbeiter brotlos machen. — Dieser Redner wandte sich gegen den Hamburgischen Bundesratsbevollmächtigten Biermann, weil dieses Bundesratsmitglied in seinem Privatberuf der Tabakindustrie nahesteht. Der Reichsschatzsekretär wies diesen Angriff zurück, da es Sache der Bundesstaaten sei, wen sie in den Bundesrat entsenden und die andere Seite der Gesetzgebung darüber nicht zu entscheiden habe. Von einem Redner aus dem Ausschuß wurde stark betont, daß Gesandter Biermann in keiner Weise als Interessent aufgetreten ist, sondern in befehrender und vollkommen sachlicher Form seine ungemeinen Kenntnisse dargeboten habe.

Der Vertreter der Deutsch-Konservativen sprach sich grundsätzlich für das Monopol aus, für das gerade die Sozialdemokraten eintreten müßten, wenn sie höhere Löhne anstrebten. Verminderte das Gesetz die Zahl der Zigarrenhändler, so wäre das kein Unglück, es gäbe viel zu viele, und die können, insbesondere nach dem Kriege, nützlichere Arbeit leisten. Im übrigen stellt er sich auf den Boden der Vorlage und wünscht möglichste Berücksichtigung der in Frage kommenden Interessen.

Dem Zentrumsredner kommt es vor allem darauf an, daß die Steuer nicht von einer kleinen Mehrheit gemacht werde, die dann von der Minderheit agitatorisch angegriffen werde. Auf Zurufe der Sozialdemokraten erklärt er, daß er an diese Partei dabei gar nicht gedacht habe. Wenn die Steuer nicht von einer großen Mehrheit oder fast vom ganzen Reichstag gemacht werde, würde das Zentrum sie auch nicht machen.

Die Deutsche Fraktion spricht sich für die Vorlage aus. Ein nationalliberaler Abgeordneter wünschte, daß die Steuer dem Reiche möglichst viel einbringen, die Industrie, den Handel und die Arbeiter möglichst wenig schädigen und auch die Verbraucher nicht allzu sehr belasten solle. (Zuruf: Seid umschlungen Millionen!)

Der dem Reichstage als Sozialdemokrat angehörende Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes schließt sich den Vorrednern insofern an, daß, wenn schon die Steuer gemacht werden müsse, dies allerdings besser jetzt wie später geschehe, weil jetzt weder Arbeitslosigkeit, noch große Lagerbestände vorhanden, noch eine umfangreiche Vorversorgung möglich wäre. Aber gleich den anderen Rednern seiner Partei lehnt auch er die Vorlage aus den bereits oben wiedergegebenen Bedenken ab.

Der Reichsschatzsekretär erwidert, daß schon nach den früheren Tabaksteuererhöhungen sowohl die Zahl der Arbeiter als auch ihre Löhne gestiegen seien; Unregelmäßigkeiten waren hauptsächlich auf die Vorversorgung zurückzuführen. Auch dem Reichsschatzsekretär liegt sehr viel daran, daß jetzt in Kriegszeiten Steuern möglichst einmütig vom Reichstage ange-

nommen würden, wie dies in England durchaus der Fall gewesen sei.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag nachmittag vertagt.